

böll.brief

DEMOKRATIE & GESELLSCHAFT #8

Oktober 2017

Landtagswahl Bayern 14.10.2018

Ergebnisse und Analysen

DR. SEBASTIAN BUKOW

Das **böll.brief – Demokratie & Gesellschaft** bietet Analysen, Hintergründe und programmatische Impulse zu Demokratieentwicklung und Politikforschung. Der Fokus liegt auf den Feldern Partizipation, Öffentlichkeit, Digitaler Wandel und Zeitgeschichte.

Das **böll.brief** der Abteilung Politische Bildung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung erscheint als E-Paper im Wechsel zu den Themen «Teilhabe-gesellschaft», «Grüne Ordnungspolitik» und «Demokratie & Gesellschaft».

Die Schnellanalyse zur Landtagswahl Bayern basiert, soweit nicht anders angegeben, auf Vorwahl- und Wahltagsbefragungen von infratest dimap/ARD und Forschungsgruppe Wahlen sowie auf Daten des Landeswahlleiters (vorläufiges Endergebnis, Stand: 15.10.2018). Abweichungen zum endgültigen Endergebnis sind möglich.

Inhaltsverzeichnis

1 Zusammenfassung	3
2 Wahlergebnis	4
2.1 Stimmverteilung	4
2.2 Sitzverteilung und Koalitionsperspektiven	6
2.3 Politische Stimmung vor der Wahl	8
3 Wahlverhalten	13
3.1 Entscheidungszeitpunkt, Motive, Themen	13
3.2 Wählerwanderung und soziodemographisches Wahlverhalten	15
4 Anhang	17
4.1 Stimmverteilung im Detail	17
4.2 Wählerwanderung im Detail	18
Der Autor	22
Impressum	22

1 Zusammenfassung

Wahlergebnis ^[1]

Mit der Wahl gehen – wie im Vorfeld bereits erwartet – deutliche Verluste für CSU und SPD einher. Zwar bleibt die **CSU** mit 37,2 Prozent klar stärkste Kraft, verliert aber mit –10,4 Prozentpunkten deutlich. Mit ähnlichen Verlusten (–10,9) erreicht die **SPD** nur noch 9,7 Prozent, ihr schlechtestes Landtagswahlergebnis überhaupt. Klarer Wahlgewinner sind **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, die mit 17,5 Prozent (+8,9) künftig die zweitstärkste Kraft im bayerischen Landtag sind. Die GRÜNEN profitieren dabei fast gleichermaßen von CSU- und SPD-Wechselwähler/innen, dazu kommen deutliche Zugewinne aus dem Lager der Nichtwähler/innen, der Erst- und Neuwähler/innen. Als dritte Kraft im Landtag etablieren sich die **Freien Wähler** (11,6/+2,6), die ebenso wie die **AfD** (10,2; erstmalig im Landtag) klar von der Schwäche der CSU profitieren. Die **FDP** überschreitet die 5-Prozent-Hürde knapp (5,1/+1,8), die LINKE ist in Bayern weiterhin parlamentarisch nicht vertreten.

Wahlbeteiligung

Der Trend einer steigenden Wahlbeteiligung war auch bei der Landtagswahl in Bayern am 14. Oktober 2018 deutlich. Mit 72,4 Prozent ist die Wahlbeteiligung dabei überdurchschnittlich, wobei CSU, AfD, GRÜNE sowie Freie Wähler von dieser Mobilisierung profitieren.

Parlament und Regierungsbildung

Das Parlament ist mit 205 Abgeordneten deutlich größer als zuvor (+25 Abgeordnete). Die CSU ist mit nunmehr 85 direkt gewählten Abgeordneten (–16) die stärkste Fraktion. Die Grünen gewinnen erstmalig Direktmandate und sind mit insgesamt 38 Abgeordneten vertreten (+20). Die weiteren Parteien erhalten an Mandaten: FW 27 (+8), AfD 22 (+22), SPD 22 (–20) sowie FDP 11 (+11). Damit ist das Parlament deutlich stärker fragmentiert als zuvor, eine Alleinregierung der CSU ist nicht mehr möglich. Es zeichnet sich eine Koalition von CSU und Freien Wählern ab, alternativ wäre auch eine Koalition von CSU und GRÜNEN möglich. Die ebenfalls rechnerisch möglichen Koalitionen CSU/SPD sowie CSU/AfD sind unwahrscheinlich bzw. parteiseitig ausgeschlossen.

Politische Stimmung und Wahlmotive

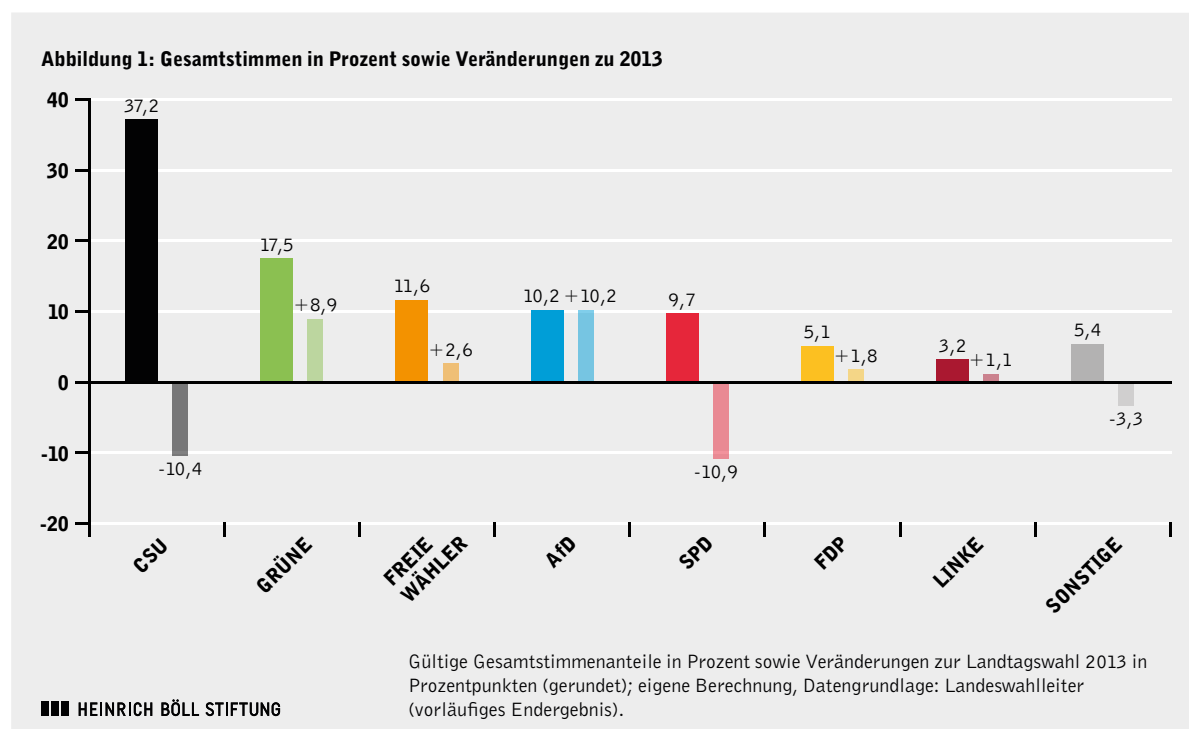
Die bayerische Landtagswahl ist in untypischer Weise von der bundes- und landespolitischen Stimmung geprägt. Dabei ist die bundespolitische Lage stark durch das Verhalten der CSU bestimmt, wobei auch landespolitische Versäumnisse der CSU klar erkennbar sind. Die CSU verliert durch ihre – zum Teil durchaus selbstverschuldete – rückläufige Bindungskraft an den Rändern (insb. durch Verluste an GRÜNE bzw. Freie Wähler und AfD). Thematisch prägen vor allem kulturelle Fragen den Wahlkampf, wovon insbesondere die GRÜNEN, aber auch die AfD profitieren.

1 Das endgültige Wahlergebnis weicht minimal ab, vgl. S. 4.

2 Wahlergebnis

2.1 Stimmverteilung ^[2]

Die Landtagswahl in Bayern bringt – wie bereits 2008 – Bewegung ins bayerische Parteiensystem. Entscheidend für diese starke Dynamik ist zum einen die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung (72,4 Prozent, +8,8 Prozentpunkte) und zum anderen die politische Lage im Vorfeld der Wahl (vgl. 2.3). In der Summe sind die (ehemaligen) Großparteien CSU und SPD die klaren Wahlverlierer, wohingegen die (ehemaligen) kleinen Parteien durchweg Zugewinne verzeichnen. Mit AfD und FDP sind künftig zwei bislang bzw. zuletzt nicht im Landtag vertretene Parteien im nunmehr Sechs-Parteien-Landtag vertreten. Das bayerische Wahlergebnis weist dabei deutliche Differenzen zwischen den Bezirken sowie zwischen ländlichen und urbanen Regionen auf.



Die **CSU** verzeichnet mit – 10,4 Prozentpunkten den zweithöchsten Verlust in ihrer Geschichte, auch wenn sie mit 37,2 Prozent klar die stärkste Kraft im Landtag bleibt. Tatsächlich bleiben die Verluste in absoluten Stimmen hinter den Verlusten bei der Bundestagswahl zurück (Landtagswahl: – 10,5 Prozent Wählerstimmen; Bundestagswahl CSU: – 11,5 Prozent Wählerstimmen, CDU: – 16,6 Prozent Wählerstimmen),

- 2** Diese Analyse basiert auf dem vorläufigen amtlichen Endergebnis. Das endgültige Ergebnis weicht minimal ab: CSU 37,2 (-10,5); Grüne 17,6 (+9,0); FW 11,6 (+2,6); AfD 10,2 (erstmalig angetreten); SPD 9,7 (-11,0); FDP 5,1 (+1,8); Linke 3,2 (+1,1); Sonstige 5,4 (-3,3).

gleichwohl fällt das relative Ergebnis für die CSU dramatisch aus. Die gestiegene Wahlbeteiligung hilft dabei einerseits der CSU, ihren Absturz zu bremsen, zugleich profitieren die anderen Parteien zum Teil weitaus stärker von der Nichtwähler/innen-Mobilisierung. Darüber hinaus profitiert die CSU vom bayerischen Wahlsystem durch den Gewinn von 85 Direktmandaten. Vergleichsweise stark schneidet die CSU in Unter- und Oberfranken ab, vergleichsweise schwach in Ober- und Niederbayern. Auch in den Metropolregionen (München, Nürnberg, Augsburg) bleibt die CSU unter dem Landesergebnis.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehen als klarer Gewinner aus der Wahl hervor. Mit einem Rekordergebnis von 17,5 Prozent (+8,9 Prozentpunkte) sind sie künftig die zweite Kraft im Parlament. Dabei ist es ihnen gelungen, ihre absoluten Stimmen von 1.019.373 auf 2.377.766 mehr als zu verdoppeln (+1.358.393). Dabei werden die GRÜNEN in München stärkste Kraft, verzeichnen aber auch in der Fläche deutliche Zugewinne (insb. in Oberbayern, Mittel- und Unterfranken sowie Schwaben). Zum ersten Mal gewinnen die GRÜNEN zudem Direktmandate in Bayern.

Als dritte Kraft im bayerischen Parteiensystem haben sich die **Freien Wähler** etabliert. Zum dritten Mal in Folge ziehen sie in den Landtag ein, wobei sie bei 11,6 Prozent einen Zugewinn von 2,6 Prozentpunkten verbuchen. Die selbsterklärte «Partei der Sachthemen» fungiert vor allem als Auffangbecken der politisch unzufriedenen, ländlich-konservativen Wähler/innen und hat sich so in Bayern als Alternative zur CSU einen Platz im Parteienwettbewerb – und höchstwahrscheinlich auch am Kabinetttisch – gesichert.

Knapp zweistellig und erstmalig im Landtag vertreten ist die rechtspopulistische **Alternative für Deutschland** (10,2 Prozent). Ihr Erfolg basiert auf der Mobilisierung von Protestwähler/innen, wobei vormalige Nichtwähler/innen ebenso eine Rolle spielen wie vormalige CSU- und Kleinparteienwähler/innen. Regional ist die AfD insbesondere in den östlichen Landesteilen stark (Niederbayern, Oberpfalz), während sie in den urbanen Regionen schwach abschneidet.

Die **SPD** muss mit 9,7 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl verbuchen (–10,9 Prozentpunkte). Die bislang zweitstärkste Partei rutscht damit auf den fünften Platz ab. Sie verliert in allen 91 Stimmkreisen an Zustimmung, vor allem jedoch in Mittelfranken, Oberbayern und in den Großstädten.

Denkbar knapp ist das Wahlergebnis der **FDP**, der mit 5,1 Prozent der Einzug ins Parlament gelungen ist. Ihr Wahlerfolg basiert vor allem auf Zugewinnen in Oberbayern, wengleich die FDP an alle sieben Regierungsbezirken Gewinne verzeichnet.

Tabelle 1: Wahlergebnis im Vergleich (Angaben in Prozent, gerundet)

	Wahl- beteiligung	CDU CSU	GRÜNE	Freie Wähler	AfD	SPD	FDP	LINKE
Bayern (2018)	72,4	37,2	17,5	11,6	10,2	9,7	5,1	3,2
Bayern (1990–2013)	63,7	52,1	7,3	6,7	–	23,9	3,9	3,3
Bundesländer (letzte Wahl; ohne Bayern)	61,5	29,1	9,9	1,2	10,7	26,8	6,1	11,1
Bundesländer (Sonntagsfrage aktuell; ohne Bayern)	–	26,9	13,2	–	14,7	21,7	6,6	12,7
Bundesebene (Sonntagsfrage 10/2018)	–	26,0	17,0	–	16,0	15,0	10,0	10,0

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: election.de sowie Landeswahlleiter (vorläufiges Endergebnis); Bayern: Gesamtstimmenanteile; Bundesländer: Mittelwert Landtagswahlergebnisse (jew. letzte Wahl; gerundete Landesergebnisse ohne Bayern; ohne sonstige) bzw. Mittelwert Sonntagsfrage Landtagswahl (infratest dimap/Forschungsgruppe Wahlen/Forsa, Zeitraum 2.–10.2018; ohne Bayern; ohne sonstige); Bundesebene: Sonntagsfrage Bundestagswahl, infratest dimap/ARD-DeutschlandTREND Oktober 2018, Erhebungszeitraum 8.–9.10.2018); eigene Berechnung.

2.2 Sitzverteilung und Koalitionsperspektiven

Im Parlament sind mit CSU, GRÜNEN, Freien Wählern, AfD, SPD und FDP künftig sechs Parteien mit insgesamt 205 Abgeordneten vertreten (bisher: 4 Parteien, 180 Abgeordnete).^[3] Das bayerische Parteiensystem, bislang – in der Typologie Niedermayers – das einzige Parteiensystem in Deutschland mit einer prädominanten Partei und zugleich dasjenige mit der geringsten Fragmentierung, normalisiert sich strukturell. Der neue Landtag befindet sich, gemessen an seiner Fragmentierung (*Effective Number of Parties*, Laakso/Taagepera 1979: 4,0), nunmehr im oberen Drittel der stärker fragmentierten Landesparlamente. Wie 2008 ist in Bayern damit ein pluralistisches Parteiensystem zu konstatieren.

Mit dieser strukturellen Veränderung geht einher, dass die bisherige Alleinregierung unter Ministerpräsident Söder ihre parlamentarische Mehrheit verloren hat. Künftig wird voraussichtlich, dem in Deutschland typischen Muster einer Minimal-Winning-Koalition

- 3** Der bayerische Landtag wird für fünf Jahre gewählt und besteht aus mindestens 180 Sitzen, wovon 91 Sitze in Stimmkreisen (Einpersonenwahlkreise; relative Mehrheitswahl) und die restlichen Sitze über offene Listen in sieben Wahlkreisen (den Regierungsbezirken entsprechend: Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Oberfranken, Unterfranken, Mittelfranken) vergeben werden. Jede Wählerin/jeder Wähler verfügt über zwei Stimmen (Erststimme: Stimmkreis; Zweitstimme: Wahlkreis; Wahlalter: 18 Jahre). Für die Sitzverteilung im Landtag ist die Summe der Erst- und Zweitstimmen entscheidend («Gesamtstimmen»). Die landesweite Sperrklausel liegt bei fünf Prozent. Die Berechnung der Sitze für die sitzberechtigten Parteien erfolgt anschließend auf Wahlkreisebene. Zunächst werden die Direktmandate aus den Stimmkreisen vergeben, anschließend mittels Listenmandaten aus den Wahlkreisen «aufgefüllt», wobei diejenigen Kandidat/innen mit den meisten Stimmen zum Zuge kommen. Ein landesweiter Verhältnisausgleich findet nicht statt, wodurch in den sieben Wahlkreisen Überhangmandate entstehen können.

folgend, eine Koalitionsregierung in Bayern die Regierungsarbeit übernehmen. Rechnerisch sind vier Koalitionsmehrheiten denkbar (ohne übergroße Koalitionen): CSU/Freie Wähler (+9 Sitze), CSU/GRÜNE (+20 Sitze), CSU/SPD (+4 Sitze) sowie CSU/AfD (+4 Sitze). Die programmatische Nähe und die Äußerungen der Spitzenkandidat/innen im Wahlkampf bzw. am Wahlabend lassen vermuten, dass eine Koalition von CSU und Freien Wählern eine höhere Wahrscheinlichkeit hat als eine Koalition von CSU und GRÜNEN. Eine Koalition von CSU und SPD ist schon mit Blick auf das Wahlergebnis höchst unwahrscheinlich, wohingegen eine Koalition von CSU und AfD bereits von Ministerpräsident Söder ausgeschlossen wurde. Diese Koalitionspräferenzen entsprechen auch den wählerseitig geäußerten Vorlieben (ARD/infratest dimap Exit Poll^[4]): 67 Prozent sprechen sich gegen eine CSU-Alleinregierung aus, wohingegen eine Koalition von CSU und FW mit 45 Prozent eine etwas größere Zustimmung erfährt als die ebenfalls mögliche Koalition von CSU und GRÜNEN (39 Prozent). Deutlich klarer sind die Präferenzen bei Anhänger/innen der Freien Wähler beziehungsweise GRÜNEN, die eine Koalition der eigenen Partei mit der CSU klar bevorzugen. Die Wählerschaft der CSU präferiert dabei klar eine Koalition mit den Freien Wählern (54 Prozent fänden diese gut; eine Koalition mit den GRÜNEN fänden 31 Prozent gut).

Im Vergleich zu den Landtagswahlen 2008 und 2013 hat sich der Anteil der Kandidatinnen für den bayerischen Landtag von zuvor rund 27 auf nunmehr rund 31 Prozent erhöht. Dies ist – bei rund 51,4 Prozent Frauenanteil in der Gruppe der Wahlberechtigten – ein weiterhin geringer Anteil auf der Angebotsseite. Im nunmehr gewählten Landtag hat sich die Präsenz von Frauen im Vergleich dazu noch weiter reduziert, lediglich 26,8 Prozent der Abgeordneten im neuen Landtag insgesamt sind Frauen. Der Frauenanteil bei den in den Stimmkreisen direkt gewählten Abgeordneten fällt mit rund 22 Prozent nochmals geringer aus. Von den 91 direkt Gewählten sind 85 von der CSU (davon 18 Frauen) und 6 von den GRÜNEN (davon 2 Frauen). Damit ist Bayern hinsichtlich der Repräsentation von Frauen zwar nicht Schlusslicht, aber doch klar im unteren Drittel der deutschen Landesparlamente. Zudem hat sich der Frauenanteil im Vergleich zum vorherigen Landtag leicht verringert (zuvor: 28,3 Prozent^[5]).

- 4 Für die Exit Poll von infratest dimap wurden in 250 repräsentativ ausgewählten Wahllokalen bzw. Stimmbezirken Befragungen durchgeführt. Am 14. Oktober wurden dort von insgesamt 28.691 Wählern Informationen zu deren Stimmverhalten, Alter und Geschlecht aufgenommen, von 4.587 Wählern darüber hinaus weitergehende sozialstrukturelle und inhaltliche Merkmalen erhoben. Um Amts- und Briefwähler berücksichtigen und Aussagen über die Wählergesamtheit treffen zu können, sind die Wählerdaten der Exit Poll nach dem amtlichen Ergebnis gewichtet. Im Ergebnis ergibt sich ein repräsentatives Bild für die Gesamtwählerschaft wie die Wählerschaften der einzelnen Parteien.
- 5 Siehe dazu Bukow, Sebastian/Voß, Fabian (2018): Frauen in der Politik: Der weite Weg zur geschlechtergerechten Repräsentation, abrufbar unter www.boell.de/de/2018/03/02/frauen-der-politik-der-weite-weg-zur-geschlechtergerechten-repraesentation.

Tabelle 2: Sitzverteilung und Frauenanteil

	Sitzverteilung			Mandatsträgerinnen	
	Sitze	davon direkt	Gewinn/Verlust	Absolut	Anteil
CSU	85	85	-16	18	21,2
GRÜNE	38	6	+20	17	44,7
Freie Wähler	27	0	+8	6	22,2
AfD	22	0	+22	2	9,1
SPD	22	0	-20	11	50,0
FDP	11	0	+11	1	9,1
Insgesamt	205	91	+25	55	26,8

Sitze (absolut) sowie Mandatsträgerinnen (absolut; Anteil in Prozent)

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: Landeswahlleiter (vorläufiges Endergebnis); eigene Berechnung.

2.3 Politische Stimmung vor der Wahl

Bundespolitische Stimmung und Einflüsse Der bayerische Landtagswahlkampf stand unter intensiver bundesweiter Beobachtung. Schon im Vorfeld wurde der Wahl eine Bedeutung weit über die bayerischen Landesgrenzen hinaus zugesprochen. Wie selten zuvor ist die bayerische Wahl in 2018 mit der Bundesebene verknüpft, was sich inhaltlich ebenso zeigt wie in den Wählerbefragungen. Ursache dafür sind die bisherige Sonderrolle Bayerns im föderalen Verbund sowie die turbulente Bundespolitik. Seit Sommer 2015 ist die CSU bei jedem relevanten Konflikt innerhalb der Bundesregierung ein Hauptakteur (u.a. Migrations-, Sicherheits- und Verkehrspolitik) und mitverantwortlich für den Ansehensverlust der Bundesregierung. Die Rolle der CDU im Bund sowie die Verknüpfung von Bundes- und Landesstimmung ist bei dieser Wahl von entscheidender Bedeutung, zumal nicht davon auszugehen ist, dass die Wähler/innen Bundes- und Landesebene immer analytisch unterscheiden, sondern vielmehr das Gesamtbild für ihre Wahlentscheidung betrachten. Daher ist die politische Stimmung vor der Wahl ebenso wie das Wahlergebnis in Zusammenhang mit der Bundespolitik zu sehen und zu analysieren.

Die Berliner Regierungsarbeit führte schon im Wahlkampf zu einem massiven «Gegenwind» aus Berlin. Da jedoch die Berliner Konflikte maßgeblich von der CSU – auch aus landespolitischen und wahltaktischen Motiven – mitverantwortet werden, stehen die bayerischen und bundespolitischen Entwicklungen in einem engen, wechselseitigen Zusammenhang. Unmittelbar vor der Wahl in Bayern erreichen CDU/CSU und SPD Tiefstwerte bei der Sonntagsfrage (infratest dimap/ARD-Deutschlandtrend 10/2018: CDU/CSU 26 Prozent, SPD 15 Prozent; vgl. Tab. 1). Dieser Einbruch ist Ausdruck einer massiven Krise der Bundesregierung und einer andauernden Unzufriedenheit mit den Regierungsparteien im Bund. Die Zufriedenheit mit der Berliner Koalition ist kurz vor der Wahl in Bayern äußerst gering (infratest dimap Vorwahlbefragung: 68 Prozent mit Bundesregierung unzufrieden; 60 Prozent mit Rolle der CSU in der Bundesregierung unzufrieden). In dieser Situation sind lediglich die Anhänger/innen der CSU und der AfD mit der CSU in der Bundesregierung zufrieden (infratest dimap Vorwahlbefragung: CSU-Anhänger/innen: 74 Prozent

zufrieden; AfD-Anhänger/innen: 51 Prozent), in allen anderen Parteienanhängerschaften überwiegt die Unzufriedenheit, was diesen Parteien Mobilisierungspotentiale eröffnet.

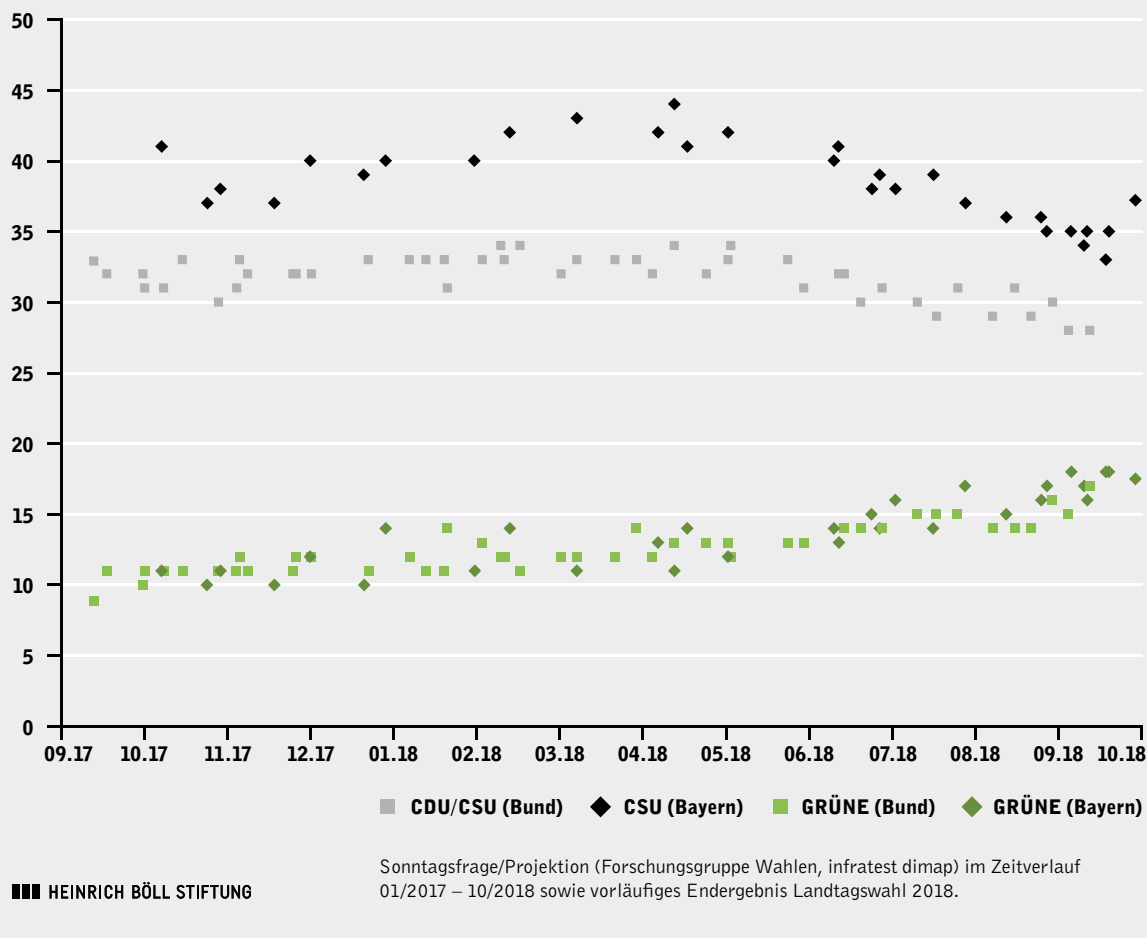
Die negative Stimmung reicht weit in diejenigen Politikfelder hinein, die im Bund entweder von der CSU verantwortet werden (infratest dimap/ARD-Deutschlandtrend 10/2018: bspw. Dieselfahrzeuge, 82 Prozent unzufrieden) oder bei denen die CSU zunehmend Minderheitspositionen vertritt (infratest dimap/ARD-Deutschlandtrend 10/2018: bspw. Klimaschutz, 74 Prozent fordern mehr Engagement der Bundesregierung). Die Unzufriedenheit mit der Berliner Regierungsperformanz wird personell eng mit den Vorsitzenden von CDU und CSU verknüpft (Angela Merkel und Horst Seehofer). Dabei zeigen sich gerade für den CSU-Vorsitzenden Seehofer dramatische Einbrüche. War er 2013 noch Garant des bayerischen Wahlerfolgs (vgl. infratest dimap Wahlreport Landtagswahl Bayern 2013: 18), so erreicht er im aktuellen Deutschlandtrend mit nur noch 22 Prozent Zustimmung einen Tiefstand in der Zufriedenheitsmessung. So wird über Monate hinweg der Berliner Koalitionsstreit vor allem der CSU und deren Spitzenpolitikern zugeschrieben, mit entsprechend negativen Bewertungen der inhaltlichen und personellen Performanz der CSU.

Die SPD ist dabei in einer besonders problematischen Lage: Eingebunden in die Bundesregierung und damit in die Regierungsverantwortung, gelingt es ihr nicht, von der Schwäche der Union zu profitieren. Zwar wird ihr von den Bürger/innen nur eine geringe Mitschuld am Berliner Regierungstreit gegeben, elektoral wird sie jedoch in Mithaftung genommen. Dazu kommt das andauernde, parteiinterne Hadern mit der Ära Schröder und der großkoalitionären Regierungstätigkeit—bis heute ist es der SPD nicht gelungen, ihre nunmehr langjährige Krise zu überwinden.

Bundespolitischer Gewinner dieser Situation sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ihnen ist es mit den Jamaika-Sondierungen und den neuen Parteivorsitzenden gelungen, seit der Bundestagswahl 2017 in der Sonntagsfrage kontinuierlich hinzuzugewinnen. Dies ist nicht nur der Schwäche von Union und SPD geschuldet, sondern liegt auch an einer günstigen gesellschaftspolitischen Debattenlage: Als klarer urbankosmopolitischer Gegenpol zur AfD profitieren die GRÜNEN von einer gesellschaftlichen Mobilisierung im Sommer/Herbst 2018 (bspw. #unteilbar), wovon LINKE und SPD—auch aufgrund interner Konflikte in diesen Politikfeldern—nicht profitieren können. Dazu kommt, dass das grüne Kernthema Umwelt- und Klimapolitik im Sommer 2018 Konjunktur hat. Die sommerliche Hitzewelle (Dürresommer), die Kohlepolitik («Hambacher Forst»), die Dieselproblematik und selbst die Vergabe des Wirtschaftsnobelpreises für Forschungen zur Klimapolitik tragen dazu bei, dass das Kernthema der GRÜNEN medial stark präsent ist.

Diese Faktoren tragen dazu dabei, dass die politische Stimmung in Berlin und Bayern in ähnlichen Bahnen verläuft, wie ein Blick auf die regelmäßigen Wahlprojektionen («Sonntagsfrage») verdeutlicht (insb. im Bund-Bayern-Vergleich für CD/CSU und GRÜNE, vgl. [Abb. 2](#)).

Abbildung 2: Sonntagsfrage CDU/CSU und Grüne (2017–2018)



Landespolitische Stimmung und Einflüsse Allerdings wäre es verkürzt, die Stimmung im Wahlkampf und das Wahlergebnis ausschließlich oder überwiegend bundespolitisch zu erklären. Dagegen sprechen zum einen die Verschränkung von Bund und Bayern durch die Sonderrolle der CSU und zum anderen klare strategische Fehler der CSU im Vorfeld der Wahl. So hat die von der CSU vorangetriebene Polarisierung im Bereich der Migrations- und Flüchtlingspolitik (an der auch Ministerpräsident Söder lange Zeit beteiligt war) neben der negativen Wirkung im Bund den Wahlkampf der CSU vor Ort doppelt belastet. Zum einen wurde – auch medial stark diskutiert – ein Konflikt zwischen CSU-Spitze und Teilen der CSU-Basis offenkundig: Während die CSU-Spitze für eine harte Linie eintrat, engagierten sich Teile der CSU-Basis massiv für Geflüchtete in Bayern. Dies führte dazu, dass immerhin 41 Prozent der CSU-Anhänger/innen die Anti-Merkel-Positionierung der CSU negativ bewerteten (infratest dimap Vorwahlbefragung). Zum anderen hat insbesondere die Positionsänderung Söders im Sommer 2018 («Asyltourismus»-Debatte) die Glaubwürdigkeit des bayerischen Ministerpräsidenten beschädigt. So hielten kurz vor der Wahl nur noch 44 Prozent der bayerischen Wahlberechtigten Söder für glaubwürdig (infratest dimap Vorwahlbefragung; – 14 Prozentpunkte im Vergleich zu Januar 2018), und selbst in der eigenen Anhängerschaft erreicht seine Glaubwürdigkeit mit 82 Prozent eher mäßige

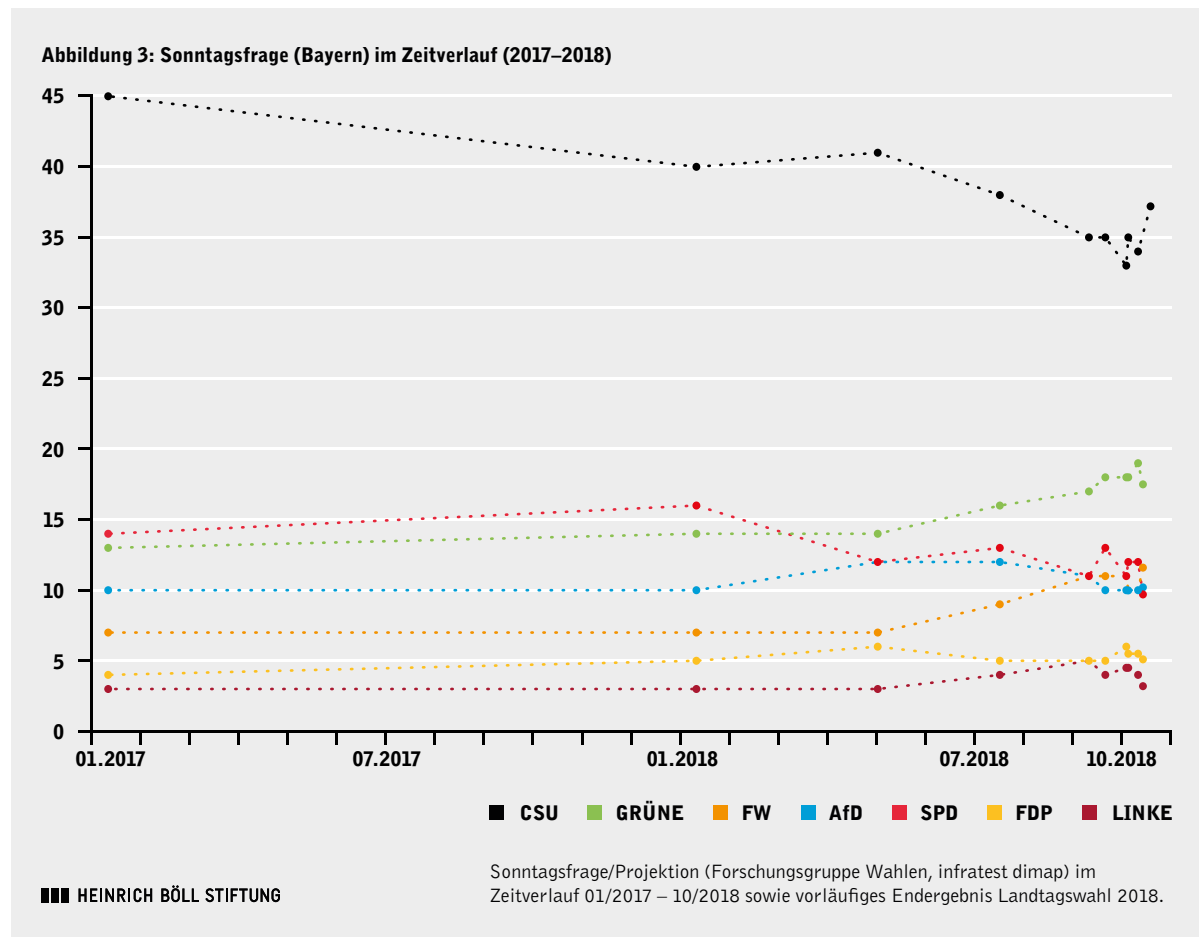
Zustimmungswerte. Alles in allem ist die Zufriedenheit mit dem Ministerpräsidenten damit vor der Landtagswahl moderat, mit nur 51 Prozent erreicht Söder im Bundesländer-Vorwahlvergleich ein stark unterdurchschnittliches Ergebnis (infratest dimap Vorwahlbefragung). Ähnliches zeigt sich auch in der Zufriedenheit mit der Landesregierung, hier sind vor der Wahl lediglich die Anhänger/innen der CSU mehrheitlich mit der Regierung zufrieden (infratest dimap Vorwahlbefragung), und auch hier erreicht die bayerische Regierung im Ländervergleich mit 48 Prozent Zufriedenheit eine nur geringe Zufriedenheitsquote.

Neben der aus gesamtgesellschaftlicher wie parteilicher Perspektive problematischen Fokussierung auf die Migrations- und Flüchtlingspolitik (nur für 34 Prozent das wichtigste Problem in Bayern, vgl. FGW Politbarometer Bayern, 10/2018; nur für 33 Prozent der CSU-Wähler/innen ein für die Wahlentscheidung sehr wichtiges Thema, infratest dimap Vorwahlbefragung) zeigten sich jedoch auch in weiteren Feldern entscheidende Fehler der CSU im Vorfeld der Wahl. So ist es der CSU und insbesondere Ministerpräsident Söder nicht mehr gelungen, wichtige Allianzen zu ihren Vorfeldorganisationen zu erhalten. Exemplarisch ist die Kreuzifix-Debatte zu nennen, in der die CSU und die katholische Kirche in einen massiven Konflikt gerieten. Auch die Wählerschaft steht dabei im Konflikt zur CSU-Regierung (55 Prozent Ablehnung, infratest dimap Vorwahlbefragung), die Anhängerschaft der CSU ist in diesem Punkt ebenfalls gespalten (56 Prozent Zustimmung/ 36 Prozent Ablehnung, infratest dimap Vorwahlbefragung). Das Ansinnen der CSU, mit diesen Themen im Wahlkampf zu mobilisieren, führt also vorrangig zu einer Polarisierung und damit Spaltung der Anhängerschaft – die einstige Catch-All-Party riskiert so Verluste an den Rändern ihrer Anhängerschaft und büßt leichtfertig ihre entscheidende Integrationskraft ein. Auch diese von der CSU nicht erkannte Spaltungstendenz dürfte dazu beigetragen haben, dass schon im Vorfeld der Wahl die Mehrheit der Bayern eine künftige Alleinregierung der CSU ablehnt (FGW Politbarometer Bayern, 10/2018) und am Wahltag selbst sogar zwei Drittel der Wähler/innen eine Koalitionsregierung «besser für Bayern» halten (ARD/infratest dimap Exit Poll).

Doch nicht nur tradierte Allianzen gerieten so ins Wanken, auch wurden gesellschaftliche Gegenbewegungen unterschätzt. Strategische Fehler zeigen sich somit auch in weiteren Politikfeldern, in denen die CSU ohne drängenden Handlungsdruck ihren Wettbewerbern Mobilisierungspotentiale eröffnet. So prägten in der Migrations- und Sicherheitspolitik gut besuchte Demonstrationen den Sommerwahlkampf (#ausgehetzt; Polizeigesetz-Demo). Insgesamt entstand so – und daran trägt die CSU eine starke Mitverantwortung – schon im Wahlkampf eine politische Stimmungslage, die vor allem den CSU-Wettbewerbern leichtgemacht hat, Wähler/innen zu mobilisieren.

Damit ist – trotz wirtschaftlich guter Lage – die landespolitische Stimmung in Bayern für die Regierungspartei CSU wenig positiv. Neben den skizzierten Problemen und Themen ist wahl(kampf)prägend, dass gerade nicht die CSU-Kernthemen auf der gesellschaftlichen Agenda dominierten, sondern vielmehr Themen wie Wohnen/Miete, Schule/Bildung, Umwelt und soziale Gerechtigkeit die Wähler/innen bewegten. In diesen Feldern verteilen sich die Kompetenzzuschreibungen jedoch breiter, so dass hier auch andere Parteien profitieren konnten.

Fasst man die bundes- und landespolitische Entwicklung zusammen, dann hat sich am Wahlabend der schon länger erkennbare Trend – trotz bis zuletzt großer Unsicherheit aufgrund einer hohen Zahl unentschiedener Wähler/innen – an der Wahlurne manifestiert, wie in [Abbildung 3](#) erkennbar ist. Die Ursachen sind dabei auf Bundes- und Landesebene zu suchen, beide Ebenen sind zudem für bayerische Verhältnisse ungewöhnlich eng verschränkt.



3 Wahlverhalten

3.1 Entscheidungszeitpunkt, Motive, Themen

Die Entscheidung für oder gegen eine Partei basiert auf komplexen individuellen Abwägungen.^[6] Zunächst einmal ist zu unterscheiden, ob eine Partei aus Überzeugung (für ebendiese Partei) oder aus Enttäuschung (mit Blick auf die anderen Parteien) gewählt wird. Eine Wahl aus Überzeugung kann positiv verstanden werden, wohingegen eine Wahl aus Enttäuschung auf Protestwahlverhalten hindeutet. In der Gesamtbetrachtung zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit der Wähler/innen ihre Partei aus Überzeugung wählt (siehe [Tabelle 3](#)). Bei AfD und Freien Wählern zeigt sich hingegen, dass diese vorrangig als Sammelbecken der Enttäuschten Erfolge verzeichnen. Dies bestätigt den Eindruck, dass beide Parteien in dieser Wahl nicht zuletzt von den strategischen Fehlern der CSU profitieren.

Tabelle 3: Motive und Zeitpunkt der Wahlentscheidung

	Gesamt	CSU	GRÜNE	FW	AfD	SPD	FDP	LINKE
<i>Motive der Wahlentscheidung</i>								
Wahl aus...								
Überzeugung	61 (-4)	70 (-5)	67 (±0)	43 (-6)	38	69 (+7)	58 (-2)	61 (+28)
Enttäuschung	34 (+6)	23 (+5)	30 (+1)	53 (+8)	56	24 (-8)	39 (+4)	34 (-26)
Wahl wegen...								
Spitzenkandidat/in	20 (-5)	28 (-3)	12 (-1)	23 (+2)	12	21 (-3)	13 (-2)	12 (+3)
Sachfragen	56 (+4)	38 (-3)	72 (+5)	64 (-2)	72	48 (-4)	70 (+5)	70 (-10)
Parteibindung	17 (-3)	27 (+3)	11 (-9)	7 (-2)	7	27 (+6)	11 (-5)	10 (+7)
<i>Zeitpunkt der Wahlentscheidung</i>								
Entscheidung...								
am Wahltag	17 (-3)	18 (-2)	12 (-4)	21 (-3)	12	17 (-1)	20 (-1)	12 (-8)
letzte Tage	22 (+2)	20 (+4)	21 (-2)	34 (+3)	11	22 (+1)	26 (+7)	22 (+2)
letzte Wochen	23 (+2)	20 (+1)	29 (+7)	26 (+3)	20	25 (+4)	32 (+11)	19 (-6)
vor längerer Zeit	29 (+2)	27 (-2)	31 (+3)	17 (-3)	52	23 (-4)	19 (-10)	40 (+10)
immer gleich	8 (-2)	13 (±0)	5 (-4)	1 (±0)	3	13 (+1)	3 (-5)	4 (+2)

Angaben in Prozent; Grün: Differenz zu 2013 in Prozentpunkten; Fragen: Haben Sie Ihre Partei gewählt, weil Sie von ihr überzeugt sind/von anderen enttäuscht sind? Was war für die Wahl Ihrer Partei am wichtigsten? Die mit der Zweitstimme gewählte Partei: Ist die von mir bevorzugte Partei/Habe ich nur aus koalitionsstaktischen Gründen gewählt. Wann haben Sie Ihre Wahlentscheidung zur Landtagswahl getroffen?

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: ARD/infratest dimap Exit Poll.

6 Methodischer Hinweis: Datenbasis für die Analyse zum Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen, zu Wahlmotiven und zum Entscheidungszeitpunkt ist die o.g. Exit Poll von infratest dimap.

Für Parteien stellt sich darüber hinaus die Frage, ob sie vorrangig aufgrund ihrer (Spitzen-) Kandidat/innen, aus inhaltlichen Gründen oder aus individueller Parteibindung gewählt werden. Die Daten von infratest dimap bestätigen die generelle Erkenntnis, dass Sachfragen für die Wahlentscheidung zentral sind. In allen Parteien sind – unterschiedliche – sachpolitische Fragen der wichtigste Grund für eine Partei, während Kandidat/innen und Parteibindung in unterschiedlicher Weise nachrangig sind. Allerdings steht außer Frage, dass gerade Themen und Kandidat/innen auch in einem engen Zusammenhang stehen, was in der parteilichen Profilbildung, in Fragen der Glaubwürdigkeit und thematischen Sichtbarkeit und damit letztlich in der Wähler/innen-Ansprache zum Ausdruck kommt. Zudem zeigt sich bei CSU und SPD, dass in ihrer elektoralen Krise die Stammwähler/innen an relativer Bedeutung gewinnen, wohingegen bei den GRÜNEN die Parteibindung (bedingt durch die massiven Zuwächse erwartungsgemäß) an Bedeutung verliert. Die Wahl war, dies zeigten bereits die Umfragen vor der Wahl, keineswegs langfristig entschieden. Auch wenn die Wahlergebnisse den Umfragetrends weitgehend entsprechen (vgl. [Abb. 3](#)), haben sich viele Wähler/innen erst kurzfristig für ihre Partei entschieden (vgl. [Tab. 3](#)).

Die Stimmung vor der Wahl (vgl. [2.3](#)) betrifft auch die Frage, welche Themen und Motive für die Wähler/innen letztlich entscheidend waren. Ausgehend von dem Befund, dass die CSU personell und sachpolitisch nicht an ihre dominante Stellung früherer Wahlen anknüpfen konnte, ergaben sich so bei der Wahl Spielräume für die Wettbewerber. Dies gerade auch deshalb, weil sich die CSU in den Bereichen besonders schwergetan hat, in denen die Wähler/innen Probleme verorten.

So wurde die Landtagswahl in Bayern stark über kulturelle, nicht vorrangig ökonomische Fragen entschieden. Auch hier zeigt sich, dass der gerade bundesweit virulente Diskurs auf der kulturellen Achse auch in Bayern prägend war. Dabei gruppieren sich auf der einen Seite Anhänger/innen von AfD, Freien Wählern und CSU, die mehrheitlich die Sorge teilen, dass die Kultur in Deutschland nach und nach verloren gehe bzw. dass der Einfluss des Islams in Deutschland zu stark werde – was auf der anderen Seite die Anhänger/innen von FDP, SPD und vor allem GRÜNEN überwiegend nicht befürchten (hier und nachfolgend: Vorwahlbefragung von ARD/infratest dimap). Am klarsten verorten sich bei diesen Fragen die Anhänger/innen von AfD und GRÜNEN, in den anderen Parteien zeigen sich bei dieser Konfliktlinie klare innerparteiliche Spaltungen. Daher überrascht es nicht, dass beide Parteien von der aktuellen Debattenlage stark profitieren und gerade die GRÜNEN von 56 Prozent der bayerischen Wahlberechtigten als diejenige Partei gesehen werden, die «persönlich wichtige Werte» verteidigt (nur GRÜNE Anhänger/innen: 97 Prozent).

Betrachtet man die einzelnen Policyfelder für die Parteien genauer, dann zeigt sich exemplarisch bei den GRÜNEN, dass es ihnen gelungen ist, in ihrem Kernthema und darüber hinaus an Profil zu gewinnen. In ihrem Kernthema Umwelt- und Klimapolitik erreichen sie 66 Prozent Kompetenzzuschreibung (im Vergleich zu Wahl 2013: +14 Prozentpunkte), zugleich sind sie aber auch in den Bereichen Naturschutz (69 Prozent), Asyl-/Flüchtlingspolitik (17 Prozent), Interessen des ländlichen Raums (16 Prozent) sowie Familienpolitik (14 Prozent) und Bildung (11 Prozent) gut aufgestellt. Damit zeigt sich nicht nur eine breite Kompetenzzuschreibung, sondern auch die Grundlage für ihre Erfolge im urbanen

und ländlichen Raum. Eine besondere Rolle, gerade auch hinsichtlich ihrer parteiinternen Wirkung, dürfte dabei auch der in Urwahl gewählten Doppelspitze der GRÜNEN zukommen. Zwar haben Spitzenkandidat/innen gerade für GRÜNE Wähler/innen gegenüber grünen Themen oftmals eine nachgeordnete Bedeutung, doch dürfte die Doppelspitze Katharina Schulze/Ludwig Hartmann gerade für die inhaltliche und strategische Öffnung der GRÜNEN für vormalige CSU-Wähler/innen eine maßgebliche Rolle gespielt haben, selbst wenn – für Landtagswahlen durchaus unüblich – eine vollumfängliche Bekanntheit der Spitzenkandidat/innen in der Wählerschaft nicht erreicht werden konnte.

Die SPD hingegen, in dieser Wahl neben der CSU ein klarer Wahlverlierer, hat in gerade für die Partei wichtigen Themenfeldern starke Kompetenzeinbußen zu verzeichnen (bspw. Schule/Bildung: 19 Prozent, –6 Prozentpunkte; soziale Gerechtigkeit: 30 Prozent, –12 Prozentpunkte), und auch in anderen wichtigen Wahlkampfthemen kann sie sich nur graduell von den anderen Parteien absetzen (bspw. Wohnungspolitik, 30 Prozent). Der Blick auf die Kompetenzzuschreibungen bestätigt zudem den Befund, dass Freie Wähler und AfD zuvorderst als Protestparteien erfolgreich sind. Außer einer guten Kompetenzzuschreibung für die Interessenvertretung des ländlichen Raums (Freie Wähler: 20 Prozent) weisen beiden Parteien in keinem Themenfeld zweistellige Kompetenzwerte auf.

3.2 Wählerwanderung und soziodemographisches Wahlverhalten

Das im Vergleich zur Wahl 2013 stark veränderte Ergebnis dieser Landtagswahl geht mit Verschiebungen zwischen den Parteien sowie einer starken Mobilisierung vormaliger Nichtwähler/innen einher (methodische Hinweise im Anhang, Abschnitt 4.2). Dazu kommen Zugewinne bzw. Verluste im Zuge des Generationenwandels (Erstwähler/innen, Verstorbene) sowie durch Zu- und Fortzüge (empirische Details und Wanderungssalden im Anhang, Abschnitt 4.2). Die **CSU** verliert bei dieser Wahl vorrangig an drei Parteien: GRÜNE (Abstrom ca. 220.000), Freie Wähler (Abstrom ca. 220.000) und Freie Wähler (Abstrom ca. 160.000). Diese Wanderungsdynamik bestätigt das oben skizzierte strategische Dilemma und den (selbstverschuldeten) Verlust an Bindungskraft an den Partei-rändern. Darüber hinaus, und dies ist kein neues Phänomen, verliert die CSU im Zuge des Generationenwechsels massiv – rund 240.000 vormalige CSU-Wähler sind, so die Modellberechnung von ARD/infratest dimap, zwischenzeitlich verstorben. Die Verluste an die drei Parteien sowie durch die Überalterung ihrer Wählerschaft kann die CSU auch nicht durch Zugewinne von diesen (oder anderen) Parteien bzw. Erstwähler/innen ausgleichen. Lediglich die Gewinnung früherer SPD-Wähler/innen und vor allem die Mobilisierung von Nichtwähler/innen ermöglicht es der CSU, nicht noch stärker zu verlieren. Die GRÜNEN profitieren, und dies ist durchaus bemerkenswert, in ähnlichem Umfang von CSU- und SPD-Wechsler/innen. Rund 190.000 frühere CSU- und rund 230.000 frühere SPD-Wähler/innen sind ein Grundstein für den GRÜNEN-Wahlerfolg. Dies verdeutlicht, dass die GRÜNEN nunmehr deutlich breiter aufgestellt und für verschiedene gesellschaftliche

Milieus wählbar geworden sind, im urbanen und ländlichen Raum. Der zweite Baustein für den Wahlerfolg der GRÜNEN sind die starken Gewinne aus dem Lager Nichtwähler/innen sowie von Erst- und Neuwähler/innen. Die **Freien Wähler** profitieren nicht nur von den abgeworbenen CSU-Wähler/innen, sondern darüber hinaus auch – wenngleich in deutlich geringerem Maße – von ehemaligen SPD- und Nichtwähler/innen. Hier bestätigt sich die Funktion der Freien Wähler als Sammelbecken der enttäuschten ländlich-konservativen Wähler/innen. Verluste hingegen, und dies verdeutlicht den verschärften Wettbewerb von FW, AfD und CSU um mitte-rechts-Wähler/innen, verbuchen die Freien Wähler in Richtung **AfD**, die vorrangig von Zugewinnen aus dem CSU-, FW-, und Nichtwähler/innen-Lager profitiert. Mit Blick auf das Wahlergebnis wenig überraschend bleibt für die **SPD** festzuhalten, dass sie an alle Parteien, vor allem aber an GRÜNE, CSU und Freie Wähler verliert. Die **FDP** sichert sich ihren Wahlerfolg im Wesentlichen durch Zugewinne von der CSU sowie aus dem Lager der Nichtwähler/innen sowie der zugezogenen Neuwähler/innen.

Neben der Mobilität zwischen den Parteien und Wähler/innengruppen ist abschließend noch ein Blick auf die typischen soziodemographischen Aspekte des Wahlverhaltens zu richten. Hier bestätigen sich viele, auch von anderen Wahlen bekannte Muster. Zuvorderst ist bedeutsam, dass sich die elektorale Schwäche von CSU und SPD mittelfristig zumindest demographisch bedingt noch verstärken dürften. Beide Parteien erzielen, die bestätigt die ARD/infratest dimap Exit Poll, in der Generation 60+ ihre mit Abstand stärksten Ergebnisse (CSU: 47 Prozent; SPD: 14 Prozent), wenngleich beide Parteien selbst in dieser Kernwählergruppe starke Einbußen zu verzeichnen haben (CSU: –10 Prozentpunkte; SPD: –8 Prozentpunkte). Das Gegenmodell zu CSU und SPD bilden traditionell die GRÜNEN und die FDP, die auch bei dieser Wahl in den jüngeren Wähler/innengruppen überdurchschnittlich abschneiden (18–24J., GRÜNE: 23 Prozent/+12 Prozentpunkte; FDP: 9 Prozent/+6 Prozentpunkte; 25–34J., GRÜNE: 21 Prozent / +12 Prozentpunkte; FDP: 8 Prozent / +5 Prozentpunkte). Für beide Parteien sind die demographischen Aussichten damit positiv, wobei – dies ist bemerkenswert – die GRÜNEN in allen Altersklassen zweistellig werden (60+: 12 Prozent, +7 Prozentpunkte). Im demographischen Mittelfeld (35–59 Jahre) sind Freie Wähler und AfD leicht überdurchschnittlich erfolgreich, wobei sich in beiden Parteien (und v.a. bei den FW) insgesamt eher geringere Alterseffekte zeigen (FW: 10–13 Prozent, AfD: 7–12 Prozent). Mit Blick auf geschlechterspezifisches Wahlverhalten zeigen sich bei CSU, SPD, Freien Wählern und FDP kaum Unterschiede (Differenz Frauen—Männer (gesamt): 0 bis 1 Prozentpunkte), wohingegen bei GRÜNEN und AfD deutliche Unterschiede erkennbar sind. Die GRÜNEN schneiden wie gehabt bei Frauen besser ab (Frauen: 20 Prozent; Männer: 16 Prozent), die AfD mobilisiert vor allem Männer (Frauen: 7 Prozent; Männer: 13 Prozent).

4 Anhang

4.1 Stimmverteilung im Detail^[7]

	Absolut		Prozent		Veränderung
	2018	2013	2018	2013	zu 2013
Wahlberechtigte	9.473.134	9.442.013			
Wähler/innen bzw. Wahlbeteiligung	6.854.593	6.005.395	72,4%	63,6%	+8,8
Erststimmen					
Gültige Erststimmen	6.789.308	5.923.977			
Ungültige Erststimmen	55.734	80.822			
<i>davon entfallen auf</i>					
CSU	2.495.960	2.754.256	36,8%	46,5%	-9,7
GRÜNE	1.189.885	522.317	17,5%	8,8%	+8,7
Freie Wähler	809.126	580.701	11,9%	9,8%	+2,1
AfD	699.202	—	10,3%	—	+10,3
SPD	683.884	1208444	10,1%	20,4%	-10,3
FDP	352.613	195.920	5,2%	3,3%	+1,9
LINKE	219.269	128.089	3,2%	2,2%	+1,1
Sonstige	339.369	534.250	5,0%	9,0%	-4,0
Gesamtstimmen					
Gültige Gesamtstimmen	13.549.111	11.821.792			
Ungültige Gesamtstimmen	139.543	187.577			
<i>davon entfallen auf</i>					
CSU	5.047.006	5.636.425	37,2%	47,7%	-10,4
GRÜNE	2.377.766	1.019.373	17,5%	8,6%	+8,9
Freie Wähler	1.571.288	1.062.553	11,6%	9,0%	+2,6
AfD	1.383.866	—	10,2%	—	+10,2
SPD	1.317.942	2.437.401	9,7%	20,6%	-10,9
FDP	687.842	390.038	5,1%	3,3%	+1,8
LINKE	435.949	251.097	3,2%	2,1%	+1,1
Sonstige	727.452	1.024.905	5,4%	8,7%	-3,3

Stimmen (absolut), Anteile in Prozent sowie Veränderungen (grün) in Prozentpunkten.

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: Landeswahlleiter (vorläufiges Endergebnis); eigene Berechnung.

⁷ Die endgültigen Ergebnisse sind unter www.wahlen.bayern.de/lw2018 abrufbar.

4.2 Wählerwanderung im Detail

Die Wanderungsanalyse von ARD/infratest dimap zur bayerischen Landtagswahl betrachtet Zweitstimmenveränderungen. Das Wanderungsmodell bildet den Umfang von Wanderungsströmen ab, berücksichtigt Befragungsergebnisse zur aktuellen und früheren Wahlentscheidung und schätzt Wählerwanderungsströme zwischen den Parteien bzw. «Haltequoten» für die identische Parteiwahl. Ferner nimmt es Änderungen in der Wählerzusammensetzung infolge aktueller und früherer Nichtwahl sowie aufgrund von Generations- und Ortswechsell auf. Für jede Partei wird ein Stromkonto berechnet. Die Einzelströme werden gerundet, sodass sich in den Randsummen Differenzen zum amtlichen Ergebnis ergeben können. Die Annahmen über Größenordnung und Wahlverhalten der ausgewiesenen Gruppen beruhen auf repräsentativen Wahl- und Bevölkerungsstatistiken, Vorwahl- und Wahltagsbefragungen sowie dem amtlichen Wahlergebnis. Dargestellt sind nur Wanderungsströme, die im Saldo größer als 10.000 sind.

Wählerwanderung CSU

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
SPD	150.000	50.000	100.000
FW	60.000	220.000	-160.000
GRÜNE	20.000	190.000	-170.000
FDP	40.000	80.000	-40.000
AfD	—	160.000	-160.000
Andere	50.000	50.000	0
Parteien (Summe)	320.000	750.000	-430.000
Nichtwähler/innen	340.000	70.000	270.000
Erstwähler/Verstorbene	90.000	240.000	-150.000
Zu-/Fortgezogene	90.000	120.000	-30.000

Dargestellt sind nur Wanderungsströme, die im Saldo größer als 10.000 sind.

Wählerwanderung GRÜNE

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
CSU	190.000	20.000	170.000
SPD	230.000	30.000	200.000
Andere (inkl. FW, FDP, AfD)	90.000	80.000	10.000
Parteien (Summe)	510.000	130.000	380.000
Nichtwähler/innen	140.000	0	140.000
Erstwähler/Verstorbene	100.000	20.000	80.000
Zu-/Fortgezogene	100.000	20.000	80.000

Dargestellt sind nur Wanderungsströme, die im Saldo größer als 10.000 sind.

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung Freie Wähler

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
CSU	220.000	60.000	160.000
SPD	80.000	10.000	70.000
AfD	—	60.000	-60.000
Andere (inkl. GRÜNE, FDP)	80.000	60.000	20.000
Parteien (Summe)	38.000	190.000	190.000
Nichtwähler/innen	110.000	30.000	80.000
Erstwähler/Verstorbene	40.000	30.000	10.000
Zu-/Fortgezogene	30.000	20.000	10.000

Dargestellt sind nur Wanderungsströme, die im Saldo größer als 10.000 sind.

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung AfD

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
CSU	160.000	—	160.000
SPD	30.000	—	30.000
FW	60.000	—	60.000
Andere (inkl. GRÜNE, FDP)	210.000	—	210.000
Parteien (Summe)	460.000	—	460.000
<i>Nichtwähler/innen</i>			
Nichtwähler/innen	180.000	—	180.000
Erstwähler/Verstorbene	20.000	—	20.000
Zu-/Fortgezogene	30.000	—	30.000

Dargestellt sind nur Wanderungsströme, die im Saldo größer als 10.000 sind.

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung SPD

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
CSU	50.000	150.000	-100.000
FW	10.000	80.000	-70.000
GRÜNE	30.000	230.000	-200.000
AfD	—	30.000	-30.000
Andere (inkl. FDP)	20.000	100.000	-80.000
Parteien (Summe)	110.000	590.000	-480.000
<i>Nichtwähler/innen</i>			
Nichtwähler/innen	40.000	40.000	0
Erstwähler/Verstorbene	30.000	100.000	-70.000
Zu-/Fortgezogene	20.000	50.000	-30.000

Dargestellt sind nur Wanderungsströme, die im Saldo größer als 10.000 sind.

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung FDP

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
CSU	80.000	40.000	40.000
Andere (inkl. SPD, FW, GRÜNE, AfD)	60.000	70.000	-10.000
Parteien (Summe)	140.000	110.000	30.000
Nichtwähler/innen	50.000	0	50.000
Erstwähler/Verstorbene	30.000	10.000	20.000
Zu-/Fortgezogene	50.000	10.000	40.000

Dargestellt sind nur Wanderungsströme, die im Saldo größer als 10.000 sind.

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Der Autor

Dr. Sebastian Bukow ist Referent für Politik- und Parteienforschung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind insbesondere Parteiorganisations-, Parteiensystem- und Parlamentsforschung. Darüber hinaus ist Sebastian Bukow u.a. als Sprecher des AK Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft engagiert sowie Research Fellow am Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung Düsseldorf.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Kontakt: Referat Politik- und Parteienforschung, Dr. Sebastian Bukow, **E** bukow@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: Oktober 2018 (*online first*)

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Verfügbare Ausgaben unter: www.boell.de/de/boellbrief

Abonnement (per E-Mail) unter: boell.de/news

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.